

Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 16. Mai 2019

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Arbeitsrecht: BAG zur Berechnung des gesetzlichen Mindesturlaubs 1
2. Strafrecht: LG Berlin verurteilt Raser erneut wegen Mordes 1
3. Zivilrecht: EuGH zum Widerrufsrecht beim Onlinekauf einer Matratze 2
4. Verwaltungsrecht: BVerwG zur Bremer Polizeigebühr für Hochrisiko-Veranstaltungen 2
5. Verwaltungsrecht: BVerwG zum Fahrerlaubnizensatz bei Gelegenheits-Cannabiskonsumenten 2
6. Arbeitsrecht: LAG Berlin-Brandenburg zum Bildungsurlaub für Yogakurs 2
7. Verwaltungsrecht: VG Lüneburg zum Jobverlust einer Lehrerin nach Dschungelcamp-Trip 3
8. Steuerrecht: FG Köln zur Eigenheim-Renovierung durch Fernsehshow 3
9. Verwaltungsrecht: Auto-Kennzeichen "HH 1933" darf nach VG Düsseldorf eingezogen werden 3

Arbeitsrecht: BAG zur Berechnung des gesetzlichen Mindesturlaubs

Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 19.03.2019 (Az. 9 AZR 315/17) bleiben für die Berechnung des gesetzlichen Mindesturlaubs Zeiten eines unbezahlten Sonderurlaubs unberücksichtigt und führt dies dazu, dass einem Arbeitnehmer für ein Kalenderjahr, in dem er sich durchgehend im unbezahlten Sonderurlaub befindet, mangels einer Arbeitspflicht kein Anspruch auf Erholungsurlaub zusteht. ...

Quelle: *Bundesarbeitsgericht*

[mehr](#)

[nach oben](#)

Strafrecht: LG Berlin verurteilt Raser erneut wegen Mordes

Mit Urteil vom 26.03.2019 (Az. 532 Ks 9/18) hat das Landgericht Berlin zwei Männer, die sich am 01.02.2016 kurz nach Mitternacht bei einem zufälligen Zusammentreffen mit ihren Autos an einer Ampel auf dem Berliner Kurfürstendamm spontan zu einem sog. Stechen verabredet hatten, erneut wegen Mordes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und vorsätzlicher Gefährdung des Straßenverkehrs zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt. ...

Quelle: *Landgericht Berlin*

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: EuGH zum Widerrufsrecht beim Onlinekauf einer Matratze

Mit Urteil vom 27.03.2019 (Rs. C-681/17) hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Verbraucher den Onlinekauf einer Matratze auch dann widerrufen können, wenn sie die Schutzfolie der Matratze nach der Lieferung entfernt haben. Nach Ansicht des EuGH ist das Widerrufsrecht nicht aus Gesundheitsschutz- oder Hygienegründen ausgeschlossen, weil eine Matratze wie ein Kleidungsstück gereinigt und dann erneut verkauft werden könne. ...

Quelle: Europäischer Gerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verwaltungsrecht: BVerwG zur Bremer Polizeigebühr für Hochrisiko-Veranstaltungen

Mit Urteil vom 29.03.2019 hat das BVerwG (Az. 9 C 4.18) entschieden, dass für den besonderen Polizeiaufwand aus Anlass einer kommerziellen Hochrisiko-Veranstaltung (hier: Hochrisiko-Fußballspiel) grundsätzlich eine Gebühr erhoben werden darf. ...

Quelle: Bundesverwaltungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verwaltungsrecht: BVerwG zum Fahrerlaubnisentzug bei Gelegenheits-Cannabiskonsumenten

Unter (teilweiser) Aufgabe seiner bisherigen Rechtsprechung hat das Bundesverwaltungsgericht mit Urteilen vom 11.04.2019 (Az. 3 C 13.17, 3 C 14.17, 3 C 7.18, 3 C 2.18, 3 C 8.18 und 3 C 9.18) entschieden, dass die Fahrerlaubnisbehörde bei einem gelegentlichen Konsumenten von Cannabis, der erstmals unter der Wirkung von Cannabis ein Kraftfahrzeug geführt hat, in der Regel nicht ohne weitere Aufklärung von fehlender Fahreignung ausgehen und ihm unmittelbar die Fahrerlaubnis entziehen darf. ...

Quelle: Bundesverwaltungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: LAG Berlin-Brandenburg zum Bildungsurlaub für Yogakurs

Mit Urteil vom 11.04.2019 (Az. 10 Sa 2076/18) hat das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg entschieden, dass ein Yogakurs unter bestimmten Voraussetzungen Bildungsurlaub rechtfertigen kann, und einen Anspruch eines Arbeitnehmers auf Bildungsurlaub für einen von der Volkshochschule angebotenen fünftägigen Kurs „Yoga I – erfolgreich und entspannt im Beruf mit Yoga und Meditation“ bejaht. ...

Quelle: Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verwaltungsrecht: VG Lüneburg zum Jobverlust einer Lehrerin nach Dschungelcamp-Trip

Mit Urteil vom 26.04.2019 (Az. 10 A 6/17) hat das Verwaltungsgericht Lüneburg entschieden, dass die Mutter einer Dschungelcamp-Teilnehmerin, die sich unter Vorlage einer unrichtigen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung krank gemeldet und ihre Tochter nach Australien begleitet hatte, nicht mehr an einer staatlichen Schule arbeiten darf. ...

Quelle: Verwaltungsgericht Lüneburg

[mehr](#)

[nach oben](#)

Steuerrecht: FG Köln zur Eigenheim-Renovierung durch Fernsehshow

Nach einem Beschluss des FG Köln vom 28.02.2019 (Az. 1 V 2304/18) muss der Teilnehmer an der Doku-Reality-Show „Zuhause im Glück“ die bei ihm durchgeführten Renovierungen als geldwerten Vorteil versteuern. ...

Quelle: Finanzgericht Köln

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verwaltungsrecht: Auto-Kennzeichen "HH 1933" darf nach VG Düsseldorf eingezogen werden

Mit Beschluss vom 30.04.2019 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf festgestellt, dass das Auto-Kennzeichen "HH 1933" durch die Kfz-Zulassungsbehörde eingezogen werden durfte, da es an die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft erinnert und daher sittenwidrig ist. ...

Quelle: Verwaltungsgericht Düsseldorf

[mehr](#)

[nach oben](#)
